



**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**

**FÜR EIN STABILES EUROPA:
WIE DIE EU SICH JETZT
WEITERENTWICKELN MUSS!**

Ein Konzept von
DIE FAMILIENUNTERNEHMER

Inhalt

In aller Kürze	3
1. Einleitung	5
2. Binnenmarkt: Stärken stärken!	8
3. Die EU als Handelsmacht: Handlungsfähigkeit herstellen!	9
4. Freiheit sichern und verteidigen können!	10
5. Digitalisierung und Energie: Zukunftsthemen voranbringen!	11
6. Finanz- und Währungsunion: Risiko und Haftung zusammenhalten!	12
6.1 Keine Steuerhoheit für die EU	12
6.2 EU-Haushalt: Ausmisten vor Vergrößern!	13
6.3 Der Weg zu einer soliden Banken-Union muss lang sein	15
6.4 Ein Europäischer Währungsfonds – wofür?	17
6.5 Eurozone: Homogenität vorantreiben!	18
7. Bildung: Schlüssel für ein soziales Europa	22
8. Europäische Institutionen erneuern: Lücke zu den Bürgern schließen!	23
9. Fazit: Vielfalt als Vorteil nutzen!	25

In aller Kürze

DIE FAMILIENUNTERNEHMER stehen für eine Europäische Union, die als stabiler Zusammenschluss souveräner Mitgliedstaaten die besten Antworten für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts liefert.

Dazu muss die EU

- in ihren Kompetenzfeldern Handlungsfähigkeit herstellen.
- in Finanzfragen die Einheit von Risiko und Haftung wahren.
- Integration als offenen Prozess akzeptieren, in dem einige Politikfelder besser auf europäischer und andere besser auf nationaler Ebene angesiedelt sind.
- so agieren, dass die Bürger die Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten verstehen.
- bereit sein, ihre eigenen Strukturen und Institutionen zu evaluieren, neu auszurichten und zu beschränken.
- in jeder Hinsicht die eigene Sanierung vorantreiben, bevor über Expansion diskutiert wird.

Konkret muss die EU

- den Binnenmarkt offenhalten und insbesondere für Dienstleistungen voranbringen.
- transparent und erfolgreich eine freiheitliche Handelspolitik umsetzen.
- gemeinsame Strukturen für Sicherheit und Verteidigung schaffen.
- gemeinsame Ansätze für Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Energie erarbeiten.
- über Bildungsinitiativen die Konvergenz in Europa fördern.
- eine Finanz- und Währungsunion gestalten, die auf marktwirtschaftlicher Teilhabe und nicht auf Transfermechanismen basiert.
- keine neuen europäischen Geldtöpfe schaffen, bevor nicht bestehende Strukturen wie die im EU-Haushalt völlig überarbeitet werden.
- sich bei wesentlich größerer Ausgabendisziplin auf die Finanzierung von notwendigen Kernthemen fokussieren.

- das Europäische Parlament verpflichtend mit den nationalen Parlamenten verzahnen.
- das Prinzip der Subsidiarität mit Leben füllen und von vielen Themen die Finger lassen.
- den Bürgern den Mehrwert europäischen Handelns und die Verantwortlichkeiten erklären.
- eine generelle Festlegung auf Mehr oder Weniger Europa vermeiden. Die EU muss sich auf ihre jetzigen Kompetenzen fokussieren und entlang einzelner Themen gleichgesinnte Mitgliedstaaten organisieren und so Europa nach vorne bringen.
- verdeutlichen, dass Rechtsstaatlichkeit sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für das Handeln der EU selbst eine unabdingbare Voraussetzung ist.

1. Einleitung

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind überzeugte Europäer. Der freiheitliche Zusammenschluss gleichgesinnter souveräner europäischer Staaten hat sich in vielen Bereichen zu einem Erfolgsprojekt entwickelt. Europa blickt auf fast fünfundsiebzig Jahre Frieden und wachsenden Wohlstand. Angesichts der rasant steigenden globalen Herausforderungen und Bedrohungen braucht es mehr denn je eine wettbewerbsfähige, handlungsfähige und durchsetzungsfähige Europäische Union.

Damit die Europäische Union gestärkt aus dem leider erst seit der Brexit-Entscheidung ernsthaft geführten Diskussionsprozess hervorgeht, ist es entscheidend, dass die Reformvorhaben in die richtige Richtung gehen. Die Europäische Union führt den Diskurs über ihre Erneuerung trotz einer konjunkturellen Hochphase aus einer Position der Schwäche. Der Austritt Großbritanniens und damit der zweitgrößten Volkswirtschaft hätte sehr wahrscheinlich vermieden werden können, wenn die Debatte früher und ernsthaft von allen Verantwortlichen geführt worden wäre. Ferner hat die Migration von Flüchtlingen nach Europa tiefe Gräben in der Staatengemeinschaft aufgerissen, ebenso wie die Schuldenpolitik einiger Mitgliedstaaten, die schnell eine neue Euro-Krise auslösen kann.

Die aktuelle EU-Reformdebatte ist zeitlich stark auf die im Mai 2019 anstehende Wahl zum Europaparlament und der damit verbundenen Neubesetzung der Europäischen Kommission fokussiert. Im Raum steht eine Fülle von Reformvorschlägen, von denen einige das Potential haben, die EU nach vorne zu bringen. Andere Entwürfe haben hingegen die Kraft, das europäische Projekt in seiner freiheitlichen, demokratischen und marktwirtschaftlichen Ausrichtung existentiell zu gefährden.

Die Diskussion über die europäische Integration wird stark von einer generellen Einordnung in »Mehr oder Weniger Europa« dominiert. Auf der einen Seite stehen die Befürworter von »Mehr Europa«, die sich eine weitreichende, d.h. nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche betreffende, Kompetenz-

verlagerung hin zur EU wünschen. In den vielen Vorschlägen dieser Gruppe geht es um die Vergemeinschaftung von Steuerhoheit, Budgetrechten, den nationalen Sozialsystemen und des Arbeitsrechts. In diesem Sinne würde »Mehr Europa« für ein stark zentralistisch organisiertes Europa stehen. Dieses Europa wäre weit von den Präferenzen der Bürger entfernt und würde ein strukturelles demokratisches Defizit aufweisen, auch wenn das Europäische Parlament völlig verändert würde.

Auf der anderen Seite gibt es eine reale Bedrohung Europas durch jene, die eine Konzentration zurück auf den Nationalstaat befürworten. Eine Haltung der Abschottung, die die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verkent und den Menschen in Europa falsche Versprechen für komplexe Entwicklungen macht.

Wir Familienunternehmer sind überzeugt, dass sowohl der one-size fits-all Ansatz eines zentralisierten Europas als auch der Rückzug ins Nationale dem europäischen Projekt schweren Schaden zufügen würde. DIE FAMILIENUNTERNEHMER legen ein eigenes Konzept vor. Hieraus ergibt sich, für welche Veränderungen sich Deutschland auf der europäischen Ebene stark machen und Verbündete finden muss.

Der vorliegende Text steht in einer Reihe von Publikationen des Verbandes, die sich während der vergangenen Jahrzehnte immer wieder mit der funktionalen und institutionellen Zusammensetzung Europas beschäftigt haben. In der Hauptsache wurden diese Texte in der Kommission Ordnungspolitik des Verbandes erarbeitet, deren Mitglieder, zugleich Familienunternehmer, bekennende Anhänger der Ordnungspolitik und der europäischen Idee sind.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind der Auffassung, dass jede Maßnahme, die durch die EU initiiert wird, entweder mehr Wohlstand oder mehr Frieden schaffen muss. Zusätzlich ist für eine Reform der EU von zentraler Bedeutung, dass die von Familienunternehmern gelebte Einheit von Risiko und Haftung auch in Europa gelten muss. Die Überwälzung fiskalischer Verantwortung für politische Entscheidungen auf andere Mitgliedstaaten oder die ganze Europäische Union würde der Wettbewerbsfähigkeit, Handlungs- und

Durchsetzungsfähigkeit der EU massiv schaden. Deutschland als weltoffenes, exportorientiertes Land profitiert enorm von der Europäischen Union. Die deutschen Familienunternehmer als Innovationstreiber sind ein zentraler Bestandteil dieser Entwicklung. Europäische und weltweite Produktions- und Wertschöpfungsketten eröffnen immer mehr kleinen und mittelständischen Familienunternehmen aus Deutschland neue Möglichkeiten.

Weit vor der Entscheidung Großbritanniens, die EU zu verlassen, haben DIE FAMILIENUNTERNEHMER eine Erneuerung der EU gefordert. Den jahrelang zu beobachtenden Automatismus einer umfassenden Kompetenzverlagerung hin zur EU haben wir dabei stets abgelehnt. Die EU-Mitgliedstaaten und die EU sollten sich auf die Themen konzentrieren, bei denen ein Mehrwert durch eine gemeinschaftliche Vorgehensweise möglichst vieler Mitgliedstaaten entsteht.

Welche Politikfelder für eine weitere Kompetenzverlagerung geeignet sind, leitet sich aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER sowohl aus den europäischen Erfahrungen zurückliegender Jahrzehnte als auch aus den Erkenntnissen der Ordnungspolitik ab. Unabhängig vom Inhalt ist von zentraler Bedeutung, dass der Mehrwert gemeinsamer europäischer Initiativen erklärt und somit für die Bürger Europas sichtbar wird. Die Strukturen der EU sind bisher so angelegt, dass sie für die Mehrheit der Bürger nicht nachvollziehbar sind. Weil die EU zu wenig dagegen unternimmt, wird sie zurecht als abgehobenes Elite-Projekt wahrgenommen. Grundlage einer erneuerten Union muss der Konsens sein, dass bis zu ihrer Änderung die in den Verträgen festgeschriebenen Vereinbarungen alternativlos Gültigkeit haben. Die Regel- und Rechtsverstöße während der zurückliegenden Schulden- und Flüchtlingskrise haben der EU als Rechtsgemeinschaft schweren Schaden zugefügt und die Skepsis gegenüber der EU steigen lassen.

Nur eine in ihren Handlungsfeldern fokussierte und in ihren Strukturen marktwirtschaftlich ausgerichtete EU wird die nötige Stärke haben, um globale Entwicklungen in Bereichen wie Handel, Sicherheit oder Umweltschutz mitgestalten zu können.

2. Binnenmarkt: Stärken stärken!

Die Europäische Union, die für DIE FAMILIENUNTERNEHMER erstrebenswert erscheint, muss sich zuallererst auf ihre Stärken konzentrieren und gerüstet sein für die Herausforderungen, die auf die Gemeinschaft der 27 Mitgliedstaaten zukommen.

Unbestritten ist die Gründung des Binnenmarktes eine große Errungenschaft der EU. Die Teilhabe am Binnenmarkt ist einer der Hauptgründe für nachhaltiges Wachstum in Europa. Deshalb ist die Kontrolle und tatsächliche Vollendung des Binnenmarktes – nicht aber seine Überfrachtung – weiterhin eine Kernaufgabe der europäischen Zentralebene. Insbesondere eine Stärkung des Binnenmarktes bei Dienstleistungen ist ein Bereich in dem die EU die nationalen Strukturen zugunsten von mehr und fairem Wettbewerb aufbrechen muss. Eine Abschottung der Arbeitsmärkte in den europäischen Hochlohnländern durch die jüngste Verschärfung der EU-Entsenderichtlinie untergräbt die Errungenschaften des Binnenmarktes und verweigert vielen europäischen Arbeitern mehr Wohlstand.

3. Die EU als Handelsmacht: Handlungsfähigkeit herstellen!

Die weltweite Tendenz hin zu mehr Protektionismus ist besorgniserregend und für DIE FAMILIENUNTERNEHMER sehr bedrohlich. Für die EU gibt es mit der Handelspolitik ein Feld, in der die EU sehr weitreichende Kompetenzen hat, sich aber letztlich nicht als handlungsfähig erwiesen hat. Bei den letztlich gescheiterten TTIP-Verhandlungen war die EU weder formal noch inhaltlich in der Verfassung, für die Mitgliedstaaten erfolgreich zu verhandeln. Nach einem nur sehr selten konstruktiven Diskussionsprozess und einigen grundsätzlichen EuGH-Entscheidungen zu Handelsfragen, müsste die EU aber nunmehr die klare Stimme eines gemeinsamen europäischen Handelsraumes sein. Dies gilt gleichermaßen für Fragen der Investitionsbedingungen in wichtigen Märkten wie China. Trotz Lichtblicken wie dem EU-Japan-Abkommen sieht die Realität aber eher so aus, dass die EU – auch gegenüber den Mitgliedstaaten – zu wenig Durchsetzungskraft hat und wesentlich mehr Arbeit in eine gemeinsame erfolgreiche Handelspolitik investieren muss. Die EU muss in Handelsfragen die Gestaltungsmacht entfalten, die ihrer Wirtschaftskraft entspricht.

4. Freiheit sichern und verteidigen können!

Die weltweite Bedrohung durch Krieg und Terrorismus hat zugenommen. Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für eine freiheitliche Gesellschaft und auch ein Standortfaktor für eine prosperierende Wirtschaft. Angesichts der zunehmenden Gefahren ist kaum ein europäisches Land noch in der Lage, alleine die freiheitlichen Werte Europas adäquat zu schützen und zu verteidigen. Über die in den EU-Verträgen fixierten Bereiche hinaus, ergeben sich immer mehr Notwendigkeiten, bei der Inneren Sicherheit oder bei militärischen Aufgaben europaweit zusammenzuarbeiten.

Wie groß der Nachholbedarf der EU allein in den ihr zugewiesenen Aufgabenfeldern ist, hat das völlige Versagen bei der Kontrolle und Sicherung der europäischen Außengrenzen während der Migrationsbewegung der letzten Jahre gezeigt.

Auch durch den völlig ungenügenden Schutz des Schengenraums vor inneren und äußeren Gefahren hat die EU offengelegt, dass sie die ihr zugeschriebenen Aufgaben bisher nicht erfüllt. Kaum ein anderes Projekt wie der Zusammenschluss einiger EU-Länder zum Schengenraum und die damit verbundene Reisefreiheit verdeutlicht den Menschen besser den praktischen Mehrwert Europas. Umso schädlicher ist es, dass die EU nicht liefern kann, was sie verspricht. Die Sicherheitspolitik ist ganz offensichtlich ein Feld, in dem die EU und die Mitgliedstaaten gar nicht genug Engagement im Sinne von »Mehr Europa« aufbringen können. Das mögliche Betätigungsfeld der EU ist groß und die Zeit drängt: Angefangen von einer funktionierenden Zusammenarbeit der nationalen Sicherheitsbehörden, einer wirksamen Grenzpolizei Frontex, einer gemeinsamen militärischen Beschaffung, bis hin zu gemeinschaftlichen Armeestrukturen in enger Abstimmung mit der NATO.

5. Digitalisierung und Energie: Zukunftsthemen voranbringen!

Die EU hat erkannt, dass die Digitalisierung entscheidend für die Entwicklung der Gemeinschaft ist. Die entsprechende Erweiterung des Binnenmarktes um digitale Aspekte war deshalb ein wichtiger Schritt. Auch die Formulierung gemeinsamer Ziele für die digitale Infrastruktur und deren Förderung gehen in die richtige Richtung. Dennoch zeigt sich zum Beispiel bei der geplanten Digitalsteuer im Abrücken vom bewährten Betriebsstätten-Prinzip bei der Besteuerung, dass die EU häufig keine adäquaten Lösungen parat hat.

Die EU scheint besonders bei guter konjunktureller Entwicklung aus den Augen zu verlieren, dass Europa als Produktionsstandort im globalen Wettbewerb steht und sich schlechte Regeln direkt auf die Wettbewerbsfähigkeit von Ländern und Unternehmen auswirken kann.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER können zum Beispiel nicht akzeptieren, dass durch die politisch verursachte Steigerung der Energiekosten die Produktion in Deutschland und Europa immer unattraktiver gemacht wird. Insbesondere weil eine national intendierte Energiewende nachweislich keine positiven CO₂ Effekte hat und inkompatibel zu einer europäischen Energiestrategie ist. Wir setzen auf eine nachhaltige, bezahlbare und möglichst ökologische Energiegewinnung und plädieren deshalb seit Jahren für eine wirksame Ausgestaltung des europäischen Emissions-Zertifikatehandels bei gleichzeitiger Abschaffung aller kontraproduktiven nationalen Subsysteme. Mit Blick auf die europaweit ausbaubaren Erneuerbaren Energien ist es von entscheidender Bedeutung, dass entsprechende Energie-Netzwerke grenzüberschreitend geschaffen werden. Eine möglichst ökologische Energieversorgung Europas kann nur gelingen, wenn z.B. Windenergie aus den Küstenregionen in die Industriezentren geleitet werden kann. Hier kann und muss die EU wesentlich mehr interessierte Mitgliedstaaten zu einem koordinierten Vorgehen bringen und den Ausbau von Energienetzen incentivieren.

6. Finanz- und Währungsunion: Risiko und Haftung zusammenhalten!

Neben den zuvor genannten Themen dominieren Forderungen nach einem Umbau der EU-Finanz-Architektur die aktuelle Reform-Diskussion. Die einzelnen Vorschläge beziehen sich sowohl auf die Konstruktion der Wirtschafts- als auch der Währungsunion. Viele Ideen zielen im Kern auf die Überwindung der nationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik bei gleichzeitiger Umverteilung der Risiken und Steuermittel in Europa ab. Ein Ansatz, der die Europäische Union und seine Mitgliedstaaten existentiell schwächen und letztlich zerrütten wird, weil er die fiskalische Verantwortung für das politische Handeln auf der nationalen Ebene dauerhaft auflöst. Im Folgenden wird auf einige Vorschläge eingegangen und gezeigt, dass anstelle der Auflösung der Einheit von Risiko und Haftung marktwirtschaftliche Ansätze zum Ziel einer dauerhaft stabilen europäischen Wirtschafts- und Währungsunion führen. DIE FAMILIENUNTERNEHMER haben dabei auch die Belastung der Steuerzahler in den stabilitätsorientierten EU-Ländern im Blick. Im Mittelpunkt stehen aber die ordnungspolitischen Erkenntnisse und die über Generationen gesammelte Erfahrung aus dem unternehmerischen Alltag. Ökonomische Gesetzmäßigkeiten zu Themen wie der Überschuldung oder der Ausgabendisziplin lassen sich nicht mit politischen Maßnahmen langfristig außer Kraft setzen.

6.1 Keine Steuerhoheit für die EU

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind mit Blick auf die Entwicklung der Ausgabenseite davon überzeugt, dass ein Europa der Subsidiarität der richtige Weg zu einer handlungsfähigen und damit starken EU ist. Die Ebene, die eine Aufgabe unter Berücksichtigung der Präferenzen der betroffenen Bürger am effizientesten erfüllen kann, sollte hierfür die Kompetenzen haben. Die finanzielle Beziehung der verschiedenen Ebenen muss entsprechend

nach der Maßgabe »No taxation without representation« konstruiert sein. Besonders bei der staatlichen Einnahmenerzielung durch Besteuerung und bei der Mittelverteilung auf der Ausgabenseite muss es dem Bürger möglich sein, Rückschlüsse auf die politischen Verantwortlichen zu ziehen. Die Einführung einer europäischen Steuerhoheit würde dieser Bedingung massiv zuwiderlaufen. Es ist zu erwarten, dass eine weitere Steuer kumulativ auf die bestehenden nationalen Steuern gesattelt würde und dauerhaft die Abgabenlast in Europa erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit senken würde. Die diskutierte Einführung eines europäischen Finanzministers zum Beispiel durch die Aufwertung eines EU-Kommissars würde die Sachlage nicht verbessern. Im Gegenteil ist davon auszugehen, dass ein Finanzminister für die EU oder auch den Euro-Raum bei einem EU-Haushalt, der für eine Finanzierungsperiode von sieben Jahren kaum veränderbar ist, seine politische Gestaltungsmacht einzig aus einer wachsenden EU-Steuer ableiten würde. Ferner ist nicht auszuschließen, dass durch die EU-Finanzsteuer und -minister ein schleichender Eingriff in die nationale Budgethoheit vorangetrieben wird. Ein in Deutschland verfassungswidriger Vorgang.

Grundsätzliche bekennen sich DIE FAMILIENUNTERNEHMER zu einem europäischen Steuerwettbewerb. Er ist nicht nur ein wirksames Mittel gegen expansive staatliche Steuerkartelle, sondern eröffnet aufholenden EU-Mitgliedstaaten Chancen für attraktive Investitionsansiedlungen.

Steuerbetrug und unrechte Gewinn-Verlagerung sind durch Ansätze der konsolidierten Ertragsbesteuerung und durch restriktive Marktzugangsregeln zu begegnen.

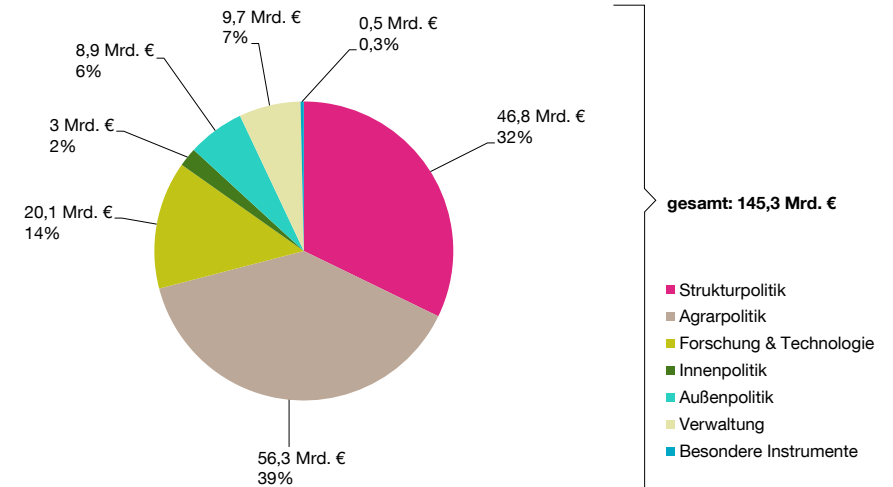
6.2 EU-Haushalt: Ausmisten vor Vergrößern!

Die Diskussion über die Ausgestaltung des EU-Haushalts wird durch zwei Ereignisse vorangetrieben. Zum einen verlässt Großbritannien den Kreis der Einzahler und zum anderen gilt es, den Haushalt in Struktur und Größe im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021–2027 festzulegen. Der EU-Haushalt speist sich aus Geld, das die Mitgliedstaaten im

Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft zur Verfügung stellen. Als Ausdruck der Solidarität tragen in diesen Systemen breite Schultern große Lasten und schmale Schultern kleine bis gar keine Lasten. Im Gegenteil erhalten viele Mitgliedstaaten aus den diversen und von der Europäischen Kommission wenig transparent gestalteten europäischen Geldquellen Nettozahlungen. Theoretisch stehen diese Transfers im Einklang mit dem Ziel der EU, die Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb Europas zu fördern. Praktisch hat sich aber eine europäische Umverteilungsmaschinerie entwickelt, die dieser Logik zuwiderläuft. Insbesondere die Rückflüsse in die Mitgliedstaaten orientieren sich nicht an einer inhaltlichen europäischen Strategie (z.B. zur Digitalisierung), sondern richten sich maßgeblich nach den Nettozahlerpositionen der Länder. In der Konsequenz geht es zum Beispiel bei der Strukturförderung nicht darum, die strukturell rückständigsten Regionen in Europa durch sinnvolle Projekte nach vorne zu bringen. Vielmehr ist die Strukturpolitik so ausgerichtet, dass jedes Land und jede Region förderfähig sind. Dies führt dazu, dass viele Fördergelder ausschließlich über den europäischen Umweg ausgegeben werden, obwohl dies in den Ländern und Regionen effizienter und mittelschonender gemacht werden könnte oder ggf. auch ganz unterlassen würde.

Deshalb muss der Nutzen der europäischen Mittelverwendung bezogen auf den ganzen Haushalt wesentlich kritischer beurteilt werden, bevor der Bedarf für zusätzliche Mittel akzeptiert werden kann. Eine Strukturförderpolitik, die sich nicht auf die bedürftigsten Regionen Europas konzentriert, ist Mittelverschwendung. Ebenso verbietet es sich, den EU-Haushalt in seiner jetzigen Struktur aufzustocken, weil nach wie vor ca. 40 Prozent in die Subvention der Agrarwirtschaft fließen. Hierdurch macht die EU deutlich, dass sie an alten Strukturen festhält und eine rückwärtsgewandte Politik bis mindestens 2027 finanzieren will. Die EU muss zukunftsweisende und arbeitsplatzschaffende Themen in den Fokus des EU-Haushalts stellen und bei der Überwindung alter Strukturen politischen Gegenwind aushalten.

Veraltete Strukturen im EU-Haushalt
Ausgabenbereiche im EU-Budget 2018



Quelle: Europäische Kommission, Mai 2018

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind fest überzeugt, dass die wettbewerbliche Teilhabe an der EU mit den zentralen vier Grundfreiheiten der stärkste Mechanismus zur Konvergenz ist. Die EU als Geldquelle und Förderinstitution kann im besten Fall immer nur ergänzend diesen Prozess vorantreiben. Jede weitere Veränderung der EU hin zu einer Kapitalverteilungsmaschine wäre eine Abkehr von einem marktwirtschaftlichen Europa, das die unbestrittene Grundlage der bisherigen Erfolge der EU ist.

6.3 Der Weg zu einer soliden Banken-Union muss lang sein

Die EU hat nach der Finanzkrise die richtige Lehre gezogen, die Aufsicht für in Europa tätige Banken auf der europäischen Ebene anzusiedeln. Die europäische Aufsicht EBA (European Banking Authority) und die Kombination

aus einer europäischen und den nationalen Aufsichtsbehörden im Single Supervisory Mechanism (SSM) ist im Grundsatz richtig, wenngleich die Ansiedlung bei der EZB einen dauerhaften Interessenskonflikt zwischen Zentralbank und Aufsichtsbehörde kreiert, der dringend beseitigt werden muss. Neben den Aufsichtsstrukturen wurde mit dem Single Resolution Mechanism (SRM) ein System installiert, das die Abwicklung einer notleidenden Bank theoretisch möglich machen sollte. Ansetzend an der Inhaberstruktur einer Bank sollen zwingend zuerst Gläubiger bei der Sanierung oder Schließung einer Bank durch einen Bail-In (Wandlung von Forderungen in Eigentumsanteile) an der Schuldenrestrukturierung beteiligt werden. Reicht dies nicht, soll mit der staatlichen Aufsicht eine Restrukturierung vorgenommen werden, bevor die Europäische Ebene institutionell und finanziell einbezogen wird.

Leider wird dieser Mechanismus in der Realität nicht nur missachtet, sondern die Missachtung von der EU politisch auch noch ausdrücklich gebilligt. Dies zeigt der Fall der italienischen Bank Monte dei Paschi di Siena, die im Dezember 2016 einen Kapitalbedarf von neun Milliarden Euro hatte. Dieser wurde unter Billigung des EU-Beihilfekommissariats ausschließlich vom italienischen Staat aufgebracht, während eine Sanierung der Schulden ausblieb.

Die EU besitzt in der Anwendung ihrer Banken-Regeln für den Ernstfall weder Erfahrung noch Reputation. Deshalb ist nicht gerechtfertigt, die bestenfalls im Aufbau befindlichen europäischen Strukturen jetzt zu überfordern. Jeder Vorschlag, der die EU als Lender of last resort für europäische Banken installiert oder für eine europäische Einlagensicherung verantwortlich machen will, verkennt die Fakten.

Europäische Banken haben ca. 950 Milliarden Euro notleidende Kredite in den Büchern, deren Entstehung auf falsche Managemententscheidungen und lasche nationale Regulierungen zurückzuführen sind. Die daraus abgeleitete Stabilität einzelner Banken ist also sehr unterschiedlich. Die Diskussion um eine gemeinschaftliche Einlagensicherung kann also nicht bei einer Stunde null ansetzen. Vielmehr verfügen einige Länder wie Deutschland

über ein seit mehr als vierzig Jahren erprobtes und gespeistes Sicherungssystem für Spareinlagen. Jede verfrühte Vergemeinschaftung einer Einlagensicherung würde die Risiken einzelner Banken auf die Allgemeinheit abwälzen und jede Anstrengung bei der Konsolidierung der europäischen Bankenlandschaft konterkarieren. Eine Schaffung einer europäischen Einlagensicherung ist unter diesen Bedingungen auf jeden Fall abzulehnen.

Während die Anzahl fauler Kredite angeblich rückläufig ist, hat die Verflechtung von Staaten und Banken seit 2009 zugenommen. Dies widerspricht der Lehre aus der Finanzkrise, in der die Rettung von Euro-Staaten aufgrund ihrer Vernetztheit mit den Finanzinstituten politisch als alternativlos erklärt wurde. Seither haben die Nationalbanken und Kreditinstitute strukturell schwacher Länder mehr Staatspapiere ihrer Länder gekauft.

DIE FAMILIEINUNTERNEHMER plädieren deshalb dafür, den Kauf von Staatsschuldtiteln für Banken unattraktiv zu machen und mit Pflicht zur Kapitalunterlegung zu versehen. Ein System, das dringend stufenweise eingeführt werden muss.

6.4 Ein Europäischer Währungsfonds – wofür?

Speziell für die Euro-Mitglieder wird die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) diskutiert. Außer, dass dieser EWF in Anlehnung an den Internationalen Währungsfonds ein gewisses Prestige im Namen trägt, ist unklar, welchen Zweck ein EWF haben soll. Die Vorschläge divergieren, aber im Kern steht immer eine Nutzung der bisher im intergouvernementalen Euro-Rettungsschirm ESM verwalteten Geldern. Während ESM-Mittel nur für notleidende Euro-Länder zur Verfügung stehen, soll der EWF nach einigen Plänen für Länder in jeder konjunkturellen und ökonomischen Lage zugänglich sein. Hintergrund dieser Ideen ist der Wunsch, von dem bisherigen Minimalkonsens »Geld gegen Auflagen«, abzurücken. Hierzu ist anzumerken, dass es bereits unter den jetzigen Regeln keine strikte Umsetzung der Vorgaben gab.

Zum Beispiel ist es im ESM-Programmland Griechenland nie zu einer tatsächlichen Umsetzung aller Auflagen gekommen. Seltsamerweise werden im Ergebnis im öffentlichen und politischen Diskurs Reformen mit dem Begriff der Austeritätspolitik als schädlich abqualifiziert und die Reformverweigerung nicht thematisiert. Vor diesem Hintergrund ist eine Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten gemeinschaftlich finanzierter Mittel abzulehnen. Die im ESM verankerte nationale Parlamentskontrolle war bei seiner Einführung eine Minimalgarantie dafür, dass die Mittelverwendung zumindest über die zwingende Einbeziehung des Deutschen Bundestages eine demokratische Rückkopplung und Kontrolle erfährt. Aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER wäre es ein Rückschritt, wenn auf diese Kontrolle im Rahmen eines EWF verzichtet würde.

6.5 Eurozone: Homogenität vorantreiben!

So als hätte es die massive Krise der Eurozone nicht gegeben, gibt es Forderungen, möglichst schnell möglichst viele EU-Mitglieder in die Eurozone aufzunehmen. Oftmals wird dabei auf eine entsprechende Verpflichtung in den Europäischen Verträgen verwiesen. Es handelt sich dabei um dasselbe Vertragswerk, in dem zur Stabilisierung der Euro-Währung die simplen und unmissverständlichen Maastrichtkriterien fixiert wurden und die über 100 Mal vertragswidrig verletzt wurden. Das Euro-System hat sich durch Regelverstöße, Rechtsbruch (Bail-Out) und Betrug (Aufnahmekriterien für Griechenland) völlig anders entwickelt, als dies die Unterzeichner der Verträge vorgegeben haben. Deshalb mutet es bizarr an, wenn die mutierte Währungsunion nun unter Berufung auf die zuvor dauerhaft missachtete Rechtsquelle erweitert werden soll. Ökonomisch spricht vieles gegen eine Erweiterung der Eurozone, da diese bereits in ihrer jetzigen Form an einer zu großen Heterogenität leidet.

Die Ausgestaltung der Eurozone müsste sich nach Auffassung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER deshalb wesentlich stärker an der Homogenität ihrer Mitglieder orientieren. Neben den über die Maastricht-Kriterien eingefangenen makroökonomischen Eckwerten muss die Wettbewerbsfähigkeit

der Volkswirtschaften hierbei im Vordergrund stehen. Nach wie vor haben in vielen Euro-Ländern grundlegende Reformen noch nicht so ausreichend stattgefunden, dass die Wettbewerbsfähigkeit signifikant gestiegen wäre.

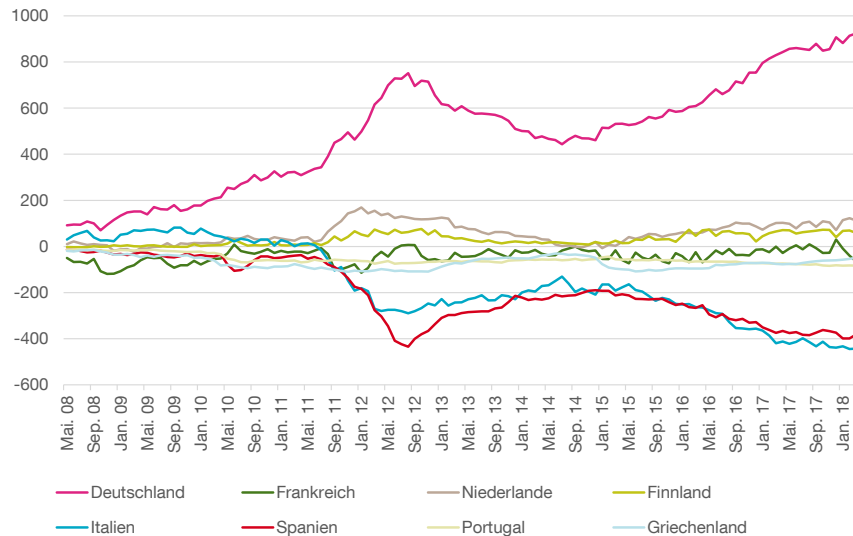
Mit Blick auf die Wiedereinhaltung des Bail-Out-Verbotes und seiner disziplinierenden Wirkung sind die Schaffung eines Insolvenzmechanismus für Euro-Staaten und ein möglicher Ausschluss aus der Eurozone zwingend erforderlich. Der Insolvenzmechanismus für Euro-Staaten wurde während der akuten Phase der Euro-Krise übrigens immer wieder von den EU-Regierungschefs für die Zeit nach der Krise in Aussicht gestellt. Gehandelt im Sinne von »Mehr Europa« wurde nicht.

Mehr denn je bedarf es dieses Abwicklungsplans, damit Preisanpassungen in Krisenländern außerhalb des Euro-Raumes stattfinden können und das Euro-Regelwerk wieder an Glaubwürdigkeit gewinnt. Die Maastricht-Kriterien könnten in Erweiterung der Kapitalunterlegungspflicht für Staatsschuldtitel marktbasierend ausgehärtet werden. Beispielsweise würde kein Euro-Land sein strukturelles Haushaltsdefizit die Drei-Prozent-Marke übersteigen lassen, wenn seine Staatspapiere automatisch bei diesem Regelbruch bei Finanzinstituten an Attraktivität verlören, weil z.B. bei den Banken per Gesetz sofort eine höhere Kapitalunterlegung für entsprechende Staatspapiere fällig würde.

Die Regeln der Eurozone müssen einfach und eindeutig kontrollierbar sein. Am Wichtigsten ist aber, dass sie der politischen Willkür entzogen werden.¹ Die Eurozone sollte also in ihrem instabilen, lediglich von der mandatswidrigen EZB-Geldpolitik gestützten Zustand, nicht erweitert, sondern konsolidiert werden. Die Target-II-Salden weisen Rekordstände für die Ungleichgewichte im Euro-System aus und sind ein guter Gradmesser für die hohe Anfälligkeit des Systems.

¹ »Weil es Frankreich ist«. Antwort des EU-Kommissionspräsidenten J.C. Juncker am 31.05.2016, warum 2016 nicht die im Wachstums- und Stabilitätspakt bindend vorgesehenen Maßnahmen aufgrund wiederholter Nichteinhaltung der vereinbarten Schuldenwerte gegen Frankreich eingeleitet worden sind.

Target-2-Salden ausgewählter Eurostaaten in Milliarden Euro



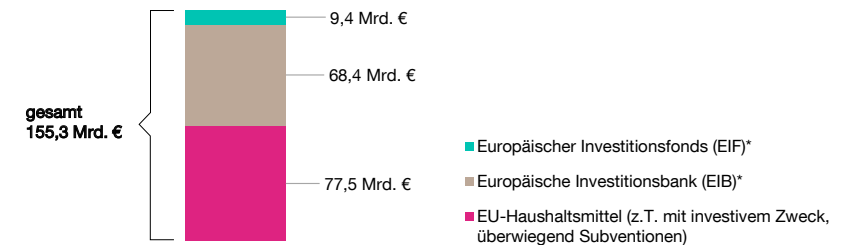
Quelle: EZB, nationale Notenbanken, Mai 2018

Die Schaffung von Parallelstrukturen für die Eurozone, z.B. in Form eines eigenen Budgets oder eines eignen Ministers greifen die Probleme der Heterogenität nicht auf. Mit direkten Zahlungen an Euro-Länder würde es eher zu einer Verzögerung von Strukturreformen und Anpassungsprozessen kommen. Auch der Ansatz, über ein gesondertes Euro-Budget Anreize zur Regeleinhaltung (z.B. Maastricht) zu schaffen, ist ökonomisch nicht sinnvoll. Die nachhaltige und produktivitätssteigernde Ausrichtung des eigenen Haushalts liegt im Interesse eines jeden Mitgliedstaates. Regierungen, die dies nicht verstehen, wird man auch kaum mit Budgetmittel für Wohlverhalten ködern können.

Sowohl bei der Haushaltsausweitung als auch bei allen Ideen, neue europäische Geldtöpfe (Währungsfonds, Euro-Budget) zu schaffen, wird von den Befürwortern die Notwendigkeit von europäisch gelenkter Investitionstätigkeit ins Feld geführt.

Unabhängig von der grundsätzlichen Ziellosigkeit vieler öffentlicher Investitionen muss darauf hingewiesen werden, dass es der Europäischen Union schon heute nicht an Investitionsmitteln mangelt.

Investive Mittel öffentlicher Institutionen auf EU-Ebene pro Jahr



*unterzeichnete Finanzierungen in EU-Staaten
Quelle: Europäische Kommission, EIF, EIB, Mai 2018

7. Bildung: Schlüssel für ein soziales Europa

Neben den Finanzfragen schickt sich die EU an, im Bereich der sozialen Absicherung eine dominante Rolle einzunehmen. Es handelt sich dabei um einen schleichenden Prozess, da die EU im Bereich »Soziales« klugerweise bisher kaum originäre Kompetenzen besitzt. Die Sozialen Sicherungssysteme sind aufgrund von Demographie und Finanzierungsform völlig unterschiedlich und historisch gewachsen. Die Vergemeinschaftung eines oder mehrerer Sicherungssysteme würde die Missachtung der Anwartschaften von Einzählern bedeuten und neue weitreichende Umverteilungskanäle zwischen den EU-Staaten schaffen. Diese braucht es aber nach Auffassung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER nicht.

Anstatt Ideen für eine europaweite Arbeitslosenversicherung voranzutreiben, bräuchte es eher eine europäische Initiative für mehr Bildung und insbesondere für bessere Sprachqualifikationen. Während in einigen Ländern Europas Fachkräftemangel zur Wachstumsbremse wird, weisen andere Länder zweistellige Prozentanteile bei der Jugendarbeitslosigkeit auf. Hier gilt es die Faktormobilität zu erhöhen und nicht mit einer europaweiten Alimentierung von Arbeitslosigkeit zu locken.

Die EU könnte also massiv bei Sprachbildung nachhelfen und so einen europäischen Arbeitsmarkt unterstützen auf dem Angebot und Nachfrage zusammenkommen. Je breiter dieser Ansatz ist, desto mehr beugt er dem Brain drain einer kleinen Elite aus den aufholenden EU-Ländern vor.

8. Europäische Institutionen erneuern: Lücke zu den Bürgern schließen!

Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) in 2019 werden viele formale Veränderungen im institutionellen Machtgefüge der EU diskutiert. Diese Vorschläge sind für die Bürger nahezu nicht nachvollziehbar und oftmals missverständlich formuliert. Beispielsweise geht mit einer prozeduralen Aufwertung des Europäischen Parlaments (Spitzenkandidaten-Verfahren, transnationale Listen etc.) keineswegs eine höhere demokratische Legitimierung der Europäischen Entscheidungen einher.² Das Europaparlament verfügt z.B. nicht über ein Initiativrecht, es repräsentiert keine gleiche Stimmgewichtung und besitzt nur mittelschwache Kontrollrechte gegenüber der EU-Kommission. Auch wenn diese Zusammenhänge theoretisch alle veränderbar wären, würden die Bürger das Europäische Parlament bzw. die in ihm vertretenen Fraktionen nicht als die demokratische Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Die weitverbreitete Unkenntnis über das EP und die stets sinkende Wahlbeteiligung bei Europawahlen sind starke Indizien für diese These. Schon gar nicht würde Europa näher an die Bürger heranrücken, wenn die Aufwertung des EPs mit einer Abwertung der nationalen Parlamente verbunden wäre.

Mit Blick auf die EP-Wahlen in 2019 und die daran anschließende Neubesetzung der EU-Kommission plädieren DIE FAMILIENUNTERNEHMER dafür, die EU-Kommission zu verkleinern und die Rückkopplung des EPs mit den nationalen Parlamenten verpflichtend zu institutionalisieren. Eine Verzahnung der nationalen Parlamente mit der europäischen Ebene wäre ein erster Schritt, um die demokratische Lücke zwischen den Bürgern und der EU zu schließen.

² Dieter Grimm »Die Stärke der EU liegt in einer klugen Begrenzung«, FAZ vom 11.8.2014, Seite 11.

Themen, die auf der europäischen Ebene diskutiert werden, müssen schneller und umfangreicher in den nationalen Parlamenten wahrgenommen werden. So erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass von den nationalen Abgeordneten entlang der unterschiedlichen Parteipositionierung ein öffentlicher Diskurs angestoßen wird. Dies geschieht durch Europaparlamentarier nur äußerst selten, auch aufgrund der vorherrschenden Allianz der sozialistischen und konservativen Parteien im Europäischen Parlament – also einer Art übergroßer Koalition. Eine engere Zusammenarbeit könnte dadurch sichergestellt werden, dass die Ausschussvorsitzenden der nationalen Parlamente regelmäßig an wichtigen Sitzungen der Spiegelausschüsse im Europäischen Parlament teilnehmen müssen.

Entsprechend müsste eine regelmäßige Berichterstattung aus den europäischen Ausschüssen für die nationalen Gremien vorgeschrieben werden. Auch könnte den Europaparlamentariern eine Berichterstattung in die nationalen Parlamente auferlegt werden. Für den engeren Austausch der Parlamente müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung noch viel besser genutzt werden. Anstatt weiterhin den Reisezirkus zwischen Brüssel und Straßburg zu veranstalten, könnte das EP auf die verbindliche digitale Aufschaltung der nationalen Ausschussvorsitzenden drängen oder vice versa digitale Fragestunden für nationale Abgeordnete bei Europäischen Parlamentariern einrichten.

Die Reduzierung der EU-Kommissare von heute 28 auf ein Drittel würde die Absicht der EU unterstreichen, sich nur noch um die großen Themen kümmern zu wollen. Die derzeit vorherrschende Überlagerung und Dopplung der Themen Finanzen, Haushalt und Steuern bei mehreren Generaldirektionen ist ein Ausweis praxisferner EU-Bürokratie.

9. Fazit: Vielfalt als Vorteil nutzen!

DIE FAMILIENUNTERNEHMER haben an einigen Beispielen konstruktiv aufgezeigt, in welchen Bereichen die Europäische Union vermehrte Anstrengungen unternehmen muss. Grundsätzlich plädieren wir dafür, dass die EU gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten zuerst ihre Hausaufgaben machen muss, bevor sie mit überfrachteten Visionen zu neuen Ufern aufbrechen kann. Zusätzlich muss der Nutzen gemeinschaftlichen europäischen Handelns bei jeder Initiative dem Bürger verständlich gemacht werden. DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind der Auffassung, dass es eine weitere Zentralisierung von Kompetenzen nur dann geben darf, wenn sich eine Interessensidentität zwischen den Mitgliedstaaten feststellen lässt.

Die These, dass wirtschaftliche Konvergenz der Mitgliedstaaten, also Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse, nur über Zentralisierung von Politikfeldern und einheitliche Lösungsansätze erreichbar ist, trifft nicht zu. Im Gegenteil wird an vielen Stellen Europas offensichtlich, dass der politisch konstruierte Gleichschritt innerhalb der EU bei 27 und mehr Mitgliedern nicht funktioniert.

Verschiedene Geschwindigkeiten und Integrationstiefen müssen je nach Thema möglich sein, um tatsächliche Aufholprozesse bei den Lebensverhältnissen anzustoßen und um die EU handlungsfähig zu halten. Die Vielfalt Europas ist eine große Bereicherung, die die EU besser nutzen muss. Wir haben aufgrund unserer gesellschaftlichen und kulturellen Prägung in Europa sehr unterschiedliche Herangehensweisen an Aufgaben. Übertragen auf die Europäische Union bedeutet dies, dass wir in vielen gesellschaftlichen Bereichen nationale Vielfalt nicht durch einen verpflichtenden Kleinsten Gemeinsamen Nenner von 27 oder mehr Stakeholdern überwinden müssen. Die große Herausforderung für die EU ist es dabei, den schmalen Grat zwischen europäischer Gleichmacherei auf der einen Seite und einem Flickenteppich aus nationalen Sonderwegen auf der anderen Seite zu finden. Hier sind pragmatische Ansätze gefragt, die eng zu evaluieren und dann gegebenenfalls zu justieren sind.

Aufbauend auf den bisher vereinheitlichten Politikfeldern würden neue Initiativen zum Beispiel bei der Sicherheit, der Digitalisierung oder den Energienetzen auch dann verwirklicht werden können, wenn nicht alle EU-Länder von Beginn an bei europäisch angestoßenen Projekten mitmachen würden. DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind der Überzeugung, dass die Europäische Integration vor allem themenbezogen vorangebracht werden kann. Während es in einigen Bereichen mehr Europa bedarf, ist jeder weitere Schritt hin zur Auflösung von Risiko und Haftung in Finanzfragen abzulehnen. Die Ausführungen haben gezeigt, welche Themen und Politikfelder aus ordnungspolitischen Erwägungen nun am dringendsten angegangen werden müssen. Wenn dies geschieht, kann ein starkes Europa entstehen, das den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

Dr. Daniel Mitrenga

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 300 65-412 | Fax 030 300 65-390

mitrenga@familienunternehmer.eu

www.familienunternehmer.eu

Der Text wurde von der Kommission Ordnungspolitik von DIE FAMILIENUNTERNEHMER unter Vorsitz von **MICHAEL MORITZ** erarbeitet.

Redaktion: DR. DANIEL MITRENGA

Titelbild: istockphoto / ElenVD

Druck: DCM Druck Denter Meckenheim GmbH

Auflage: 10.000 Stück

Stand: Juni 2018

